

53. Bezirkskonferenz der IG Metall Baden-Württemberg – Leitbild für künftige Tarifpolitik

"Gute Arbeit für gutes Geld"

Das Tarifergebnis 2002 und die Zukunft der Tarifpolitik standen im Mittelpunkt des Rechenschaftsberichtes von Bezirksleiter Berthold Huber zur 53. Bezirkskonferenz der IG Metall Baden-Württemberg. "Gute Arbeit für gutes Geld" – das soll das Leitbild für eine längerfristige Orientierung der Tarifpolitik sein, so Berthold Huber.

Mit 117 Betrieben und fast 200 000 Streikenden konnte eine noch nie dagewesene Zahl von Beschäftigten in einen Arbeitskampf einbezogen werden. Die IG Metall habe mit dem Tarifergebnis drei wesentliche Ziele erreicht, sagte der Bezirksleiter: erstens die Sicherung der Reallöhne, zweitens die faire Teilhabe am wirtschaftlichen Wachstum und drittens den unumkehrbaren Einstieg in das "Jahrhundertprojekt" Entgelttarifvertrag (ERA).

Dennoch, so Huber, gab es teilweise heftige Kritik, die sich vor allem auch in Unzufriedenheit mit dem materiellen Ergebnis zeigte, insbesondere aus ertragsstarken Betrieben. "Dort müssen wir eine Antwort darauf geben, wie wir die zusätzlichen Verteilungsspielräume für eine offensive Lohnpolitik in über-



Foto: Graffini / Starz

durchschnittlich ertragsstarken Betrieben nutzen wollen."

"Gute Arbeit für gutes Geld" – dieses Leitbild greife die veränderten und differenzierten Arbeits- und Lebensbedingungen der Beschäftigten auf, so fasste Huber zusammen: "Wir setzen auf ein Produktionsmodell, das auf Qualifikation und Innovation aufbaut. Wir wenden uns gegen Niedriglohn und die Pre-

karität (z. B. Leiharbeit, Befristete, Anm. d. Red.) von Arbeit." Und: "Wir fordern weiter eine faire Beteiligung am wirtschaftlichen Fortschritt. Wir verfolgen eine aktive und solidarische Lohnpolitik. Wir setzen auf Mitbestimmung, Beteiligung und Verantwortung der Beschäftigten."

Für die nächste Zukunft liege der Schwerpunkt darauf, das

Bezirksleiter Berthold Huber beim Rechenschaftsbericht: Leitbild "Gute Arbeit für gutes Geld"

erreichte Tarifniveau in den Betrieben umzusetzen. Dazu gehört der ERA-Tarifvertrag, aber auch der 2001 erreichte Tarifvertrag Qualifizierung

In Sachen Arbeitszeit wird es ebenfalls eine neue Debatte geben. Der Manteltarifvertrag ist ab April 2003 kündbar. Der IG Metall-Vorsitzende Klaus Zwickel hat angekündigt, die IG Metall werde eine Runde zur Angleichung der Arbeitszeiten in West- und Ostdeutschland angehen. Berthold Huber merkte dazu an, dass die Arbeitszeitpolitik eine Antwort auf die unterschiedlichen Interessen der verschiedenen Beschäftigtengruppen geben müsse. So gelten für die Arbeit am Fließband andere Bedingungen als für Angestellte. Diese und andere Fragen sind Thema einer arbeitszeitpolitischen Konferenz in Baden-Württemberg im Oktober. ◀

Beru: Hausverbot für Ludwigsburgs Bevollmächtigten Konrad Ott – aber: Glatte Bauchlandung vor dem Arbeitsgericht

Dieses Theater hätte er sich wirklich sparen können: Ulrich Ruetz, Chef von Beru in Ludwigsburg und Bezirksvorsitzender von Südwestmetall, wollte Ludwigsburgs Bevollmächtigten Konrad Ott mit einem Hausverbot belegen.

Vor dem Arbeitsgericht landete Ruetz freilich auf dem Bauch, wie's glatter nicht geht. Die Richter folgten ohne jede Einschrän-

kung der einstweiligen Verfügung, mit der die IG Metall das Hausverbot verhinderte. Konrad Ott konnte an der Betriebsversammlung teilnehmen, zu der er eingeladen war. Die Belegschaft reagierte mit spontanem Beifall.

Die Vorgeschichte: Im April hatte Ott völlig legal während der Tarifrunde zu einem Warnstreik aufgerufen. Seither war er mehrfach Gast im Betrieb, auch nach

dem Ende der Tarifrunde. Plötzlich im Juli wurde ihm für besagte Betriebsversammlung das Hausverbot erteilt.

„Herr Ruetz würde ja am liebsten Streikrecht und Gewerkschaften abschaffen“, sagt Ott und vermutet, dass der Beru-Chef es einfach nicht lassen konnte, die Tarifrunde nachzuzucken: „Aber das ist abgeschlossen, das Leben geht weiter.“ ◀

Alstom will sein Schaltanlagen-Werk in Filderstadt-Sielmingen schließen

Protest bei der Aktionärsversammlung in Paris

Protest bei der Alstom-Aktionärsversammlung in Paris: Beschäftigte von Alstom T&D in Filderstadt-Sielmingen demonstrierten in der französischen Hauptstadt gegen die geplante Schließung ihres Werkes.

175 Arbeitsplätze stehen auf dem Spiel, sollte die Produktion von Schaltanlagen bis Juli 2003 stillgelegt werden. Der Konzernbetriebsrat bezeichnet die geplanten Werksschließungen (auch in Manchester) als "unsinnige Bauernopfer, um den Aktionären Sanierungsaktivitäten vorzugaukeln". Udo Belz und Dietmar Haberl, Vorsitzende des

Konzernbetriebsrats, führen die Probleme unter anderem auf Managementfehler zurück, so auf die fehlerhafte Entwicklung von Gasturbinen.

Die Betriebsräte aus Sielmingen und anderen Standorten wurden in Paris vom Alstom T&D-Präsidenten empfangen. Vor Ort müssten Konzepte zum Werkserhalt vorgelegt werden, dann würde er mit sich reden lassen. Ein Fünkchen Hoffnung für die Betriebsräte, die zum Kampf um die Arbeitsplätze entschlossen sind. Im Oktober soll eine Europa-weite Demonstration stattfinden. ◀



Alstom-Beschäftigte demonstrieren in Paris vor der Konzernzentrale

Kögel in Karlsdorf: Werk soll geschlossen werden

300 Arbeitsplätze stehen auf dem Spiel

Der Hersteller von Lastwagenanhängern und -fahrzeugen Kögel hat mitgeteilt, das Werk in Karlsdorf (Kreis Karlsruhe) bis Mitte 2003 zu schließen. Belegschaft, Betriebsrat und IG Metall Bruchsal haben ihren Widerstand angekündigt: Es geht um 300 Arbeitsplätze.

Kögel will nach eigenen Angaben die Produktion von Kühlfahrzeugen verlagern, um kostengünstiger produzieren können. Bruchsal Bevollmächtigter Uwe Bordanowicz wirft

Kögel vor, dass in den vergangenen Jahren zukunftsweisende Investitionen versäumt zu haben. So habe die Belegschaft von angeblichen Bemühungen um die Standortsicherung kaum etwas bemerkt. "Es gibt keine dahingehenden Konzepte zur Kostensenkung", sagte auch der Betriebsratsvorsitzende Alwin Bruckert.

Betriebsrat und IG Metall forderten die Kögel AG und deren Aufsichtsrat auf, einem 6-monatigen Moratorium zuzustimmen.

Die Belegschaft solle die Chance erhalten, realistische Änderungs- und Einsparungsvorschläge vorzulegen, wenn erforderlich, mit externer Unterstützung. Betriebsrat und IG Metall erklärten sich bereit zu Verhandlungen über eine Standortsicherung. Eine Schließung werde sicher nicht kampflos hingenommen, so Uwe Bordanowicz. Nach seinen Angaben soll die Produktion nach Sachsen verlagert werden, wo die tarifliche Wochenarbeitszeit drei Stunden höher liegt. ◀

Mannheimer Betriebsrat erlebte Sicherheitspolitik à la Beckstein

Vorwurf: Widerstand gegen die Staatsgewalt

Sicherheitspolitik à la Beckstein – das erlebte Wolfgang Alles im bayrischen Dachau. Im Juni erreichte ihn ein Strafbefehl wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt und jetzt im September gibt es ein gerichtliches Nachspiel vor dem Amtsgericht.

Alles ist Betriebsrat bei Alstom in Mannheim und Mitglied der IG Metall-Delegiertenkonferenz

Im Februar wollte er anlässlich der Nato-Sicherheitskonferenz nach München zu einer Veranstaltung ins DGB-Haus. Am Bahnhof Dachau war die Reise vorerst zu Ende. Die bayrische Polizei nahm in einer „Schwerpunktaktion“ Demonstranten ins Gewahrsam. Wolfgang Alles wurde gewaltsam abgeführt, wohl, weil er Fotos gemacht hatte. Im

Strafbefehl wird ihm vorgeworfen, um sich geschlagen und die Personalien verweigert zu haben. Alles bestreitet das und legte Widerspruch ein: Er sei vielmehr durch den für ihn nicht nachvollziehbaren massiven Polizeieinsatz verletzt worden; die Fotos rechtfertigten keine Sicherstellung. Alles: „Und das passiert ausgerechnet in Dachau.“ ◀

Fortschritt

► **Gutes Ende:** Die Auseinandersetzung beim Freiburger Büromöbelhersteller Fortschritt hat ein gutes Ende genommen. 100 Stellen sollten gestrichen werden, Betriebsrat und IG Metall haben sich massiv dagegen gewehrt. Stattdessen wurde ein Beschäftigungssicherungstarifvertrag abgeschlossen, der die Reduzierung der Wochenarbeitszeit für alle um fünf Stunden und ein verringertes Einkommen (auch für Leitende und Geschäftsleitung) bedeutet. 57 sichere Kündigungen konnten so verhindert werden, sagt Freiburgs Bevollmächtigter Hermann Spieß: „Das ist ein echter Erfolg der Solidarität.“ Jetzt sind Kündigungen bis März nächsten Jahres ausgeschlossen; bei weiter schlechter Konjunktur kann die Vereinbarung verlängert werden. Zugleich wurde eine Beschäftigungsgesellschaft auf freiwilliger Basis eingerichtet, die Qualifizierungswilligen die Möglichkeit bietet, sich für neue Arbeitsplätze fit zu machen. ◀

Industrieverband Technische Gebäudeausstattung (ITGA – ehemals HKS): drei Prozent mehr Mit Druck zu einem fairen Tarifabschluss



Foto: IGM Friedrichshafen

Mit Aktionen zum Tarifabschluss bei den Gebäudeausstattern: Hier Warnstreik bei Imtech in Friedrichshafen

Es brodelte in den Betrieben und unter diesem Druck kam es schließlich zu einem Tarifergebnis für die Technischen Gebäudeausstatter in Baden-Württemberg

(ITGA, ehemals HKS-Industrie): Ab August gibt's drei Prozent mehr Lohn und Gehalt.

Für Mai, Juni, Juli 2002 wird eine Pauschale von 75 Euro

gezahlt. Löhne und Gehälter werden ab Mai 2003 um weitere 2,4 Prozent erhöht.

Die Auszubildenden erhalten für das Jahr 2002 eine über der

Einkommenssteigerung liegende Erhöhung der Ausbildungsvergütungen. Im nächsten Jahr steigen die Vergütungen um 2,4 Prozent wie die anderen Einkommen.

Der Tarifeinigung kurz vor den Sommerferien waren Protestaktionen in vielen Betrieben vorausgegangen. So legten Beschäftigte bei Kurfess in Geislingen, bei Imtech in Friedrichshafen, Axima in Karlsruhe und bei GA-Tec und Krantz in Mannheim die Arbeit nieder. In Stuttgart versammelten sich Beschäftigte von Imtech, Kiefer, Carrier LTG und S. Zimmermann zu einer gemeinsamen Kundgebung.

Die Tarifkommission hat das Ergebnis als fair und gut bewertet und hat es einstimmig angenommen. Ohne den Druck aus den Betrieben, ohne Warnstreikaktionen und Kundgebungen hätte dieser Tarifabschluss nicht erreicht werden können, so die einhellige Meinung bei den Mitgliedern der Tarifkommission. ◀

Säge- und Holzindustrie Tarifergebnis in der Schlichtung

Für die Säge- und Holzindustrie Baden-Württembergs wurde in der Schlichtung ein Tarifergebnis erzielt. Für 2002 gibt es Einkommenserhöhungen von insgesamt 2,85 Prozent.

► Rückwirkend zum Juni wurden die Löhne und Gehälter um 2,44 Prozent erhöht, ab Oktober gibt es weitere 0,44 Prozent – zusammen 2,85 Prozent.

► Ab April 2003 gibt es weitere 2,4 Prozent mehr.

Die bisherigen Tarifverträge über Löhne und Gehälter werden künftig zusammen mit den Ausbildungsvergütungen in einem Tarifvertrag zusammengefasst. Das bedeutet, dass die Ausbildungsvergütungen künftig wie die allgemeinen Einkommenserhöhungen angehoben werden. Dies geschieht

dann jeweils zum 1. September eines Jahres, wenn das neue Ausbildungsjahr beginnt. Jetzt im September 2002 gibt es für alle Ausbildungsjahre 27 Euro mehr, ab September 2003 sind es weitere 15 Euro mehr. ◀

Edelmetall-Industrie ERA und ab September höheres Einkommen

In der Edelmetallindustrie Baden-Württembergs steigen jetzt im September die Einkommen um ein Gesamtvolumen von vier Prozent. Ab September 2003 werden die Einkommen erneut angehoben – um ein weiteres Gesamtvolumen von 3,1 Prozent. Für den August gibt es eine Pauschale von 100 Euro. Wie in der Metallindustrie wird auch in der Schmuck- und Uhrenbranche ein Entgelttarifvertrag (ERA) eingeführt. Die Verhandlungen darüber sollen

bis 31. März 2004 abgeschlossen werden, so dass sich die Betriebe danach auf die ERA-Einführung vorbereiten können.

Von dem 4-Prozent-Volumen werden 3,1 Prozent zur Erhöhung der Tariftabellen verwendet, die anderen 0,9 Prozent werden als ERA-Strukturkomponente zunächst als Einmalzahlung ausgezahlt. Die Beschäftigten erhalten im Oktober 2002 und im Juli 2003 die ersten beiden ERA-Strukturkomponenten. Vom 3,1-Prozent-Volumen ab September 2003 werden 0,5 Prozent im Januar 2004 als Einmalzahlung ausgezahlt. Das Tarifvolumen bleibt insgesamt erhalten und fließt bei der Einführung des ERA den Beschäftigten je nach individuellem Bedarf wieder zu. Gibt es keinen Anpassungsbedarf, wird das gesamte Tarifvolumen in die Entgelttabellen weitergegeben. ◀

Termin

► **Automobilkonferenz:** Am 10. Oktober findet die Automobilkonferenz der IG Metall Baden-Württemberg statt. Themen sind die gravierenden Veränderungen der Produktionsprozesse, Rationalisierung und Innovation. Damit nimmt auch die Aufgabenvielfalt für die Betriebsräte zu: Gestaltung von erträglichen Arbeitsbedingungen, Zukunfts- und Beschäftigungssicherung. Mehr Information und Anmeldung bei der IG Metall vor Ort oder im Internet: www.bw.igm.de. ◀